

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

130 (7.6.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 23 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Ablagen abgeholt 20 M. monatlich. — Einzelheft 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 431.

Anzeigen: Die einseitige Kolonialzeitung 3.40 M. auswärts 4.— M. Die Anzeigenzeitung 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das Attentat auf Scheidemann

Die amtliche Untersuchung der gegen Scheidemann gesprochenen Missetat hat ergeben, daß sie aus einer aufgeföhren gasförmigen Mischung bestand, deren Wirkung tödlich ist, wenn auch nur ein Atom davon eingeatmet wird. Es muß sich beim Täter offenbar um einen Mann handeln, der eine chemische Kenntnis hat. Ueber den Verfall teilt Scheidemann noch mit, der Mann sei zunächst von hinten dicht an ihn herangetreten und habe ihm einen Teil der Flüssigkeit gegen die Backe gespritzt, offenbar um ihn zu veranlassen, ihn den Kopf zuzuwenden. Der Täter habe den Moment genau abgewartet, wo Scheidemann ihm den Mund zuwandte, um ihm die noch in der Spritze befindliche Flüssigkeit auf die Oberlippe zu spritzen. Die starke Wirkung der Flüssigkeit geht schon daraus hervor, daß er, obwohl er den Mund geschlossen hielt, nach Abgeben des zweiten Schusses benommen wurde und zusammenbrach. Nach Aussage des Arztes habe er es nur der Wadlung sowie seiner starken Lunge und seinem starken Herzen zu verdanken, daß der Anschlag ohne weitere Folgen geblieben sei.

Wie die Blätter aus Kassel melden, ist Staatsanwalt Schmitt vom Justizminister mit der weiteren Untersuchung des Attentats auf Scheidemann beauftragt worden. Er hatte mit dem Kriminalkommissar Grottel eine genaue Untersuchung des Tatbestandes vorgenommen und ist zu der Überzeugung gekommen, daß der Anschlag mit der größten Sorgfalt vorbereitet war. Alle Nachforschungen nach dem Täter sind bis jetzt erfolglos geblieben. Nach einer Meldung ruht zum Protokoll gegen das Attentat am Mittwoch von 12 Uhr bis 1 Uhr die Arbeit in sämtlichen Betrieben in Kassel. Um 4 Uhr findet eine große Protestkundgebung statt, wonach die Arbeiter vor dem Rathaus ziehen werden und Scheidemann sprechen wird.

22. Berlin, 6. Juni. Der Reichspräsident hat heute nachstehendes Telegramm an Oberbürgermeister Scheidemann in Kassel gerichtet: „Zum Wiffen des kasseler Attentats beglückwünsche ich Sie herzlich. Ebert, Reichspräsident.“

Reichsminister Dr. Rathenau drückte an Oberbürgermeister Scheidemann: „Zu Ihrer gelassenen Errettung aus Gefahr durch verehrlichen Anschlag spreche ich Ihnen herzlichste Glückwünsche und aufrichtige Freude aus. Ergebenst Rathenau.“

Einem Mitarbeiter der „Neuen Badischen Landeszeitung“ gab Genosse Scheidemann diese Darstellung über den Verlauf des Attentats: „Ich ging mit meiner Tochter und meiner Enkelin im Walde bei Schloß Wilhelmshöhe am Sonntag nachmittag spazieren. Ich bemerkte schon beim Fortgehen von meiner Wohnung, daß mir ein junger Mann folgte. Als ich auf einem etwas abgelegenen einsameren Waldwege etwa 20 Schritte vor meiner Tochter bergab, spürte ich plötzlich ein kaltes Gefäß im Gesicht. Ich hatte einen Augenblick den Eindruck, als ob eine spielende Kinder auf mich gespritzt hätten.“

Ich wandte mich um und sah den erwähnten jungen Mann vor mir, der mit dem Arm sein Gesicht deckte und eine rote Wammisbrille gegen mich richtete. Er spritzte mir dann zum zweiten Male die Flüssigkeit ins Gesicht und traf diesmal meinen Mund. Meine Tochter hatte schon vorher gerufen: „Vater, schief!“ Als ich den Revolver sah, ergriff der Täter die Flucht. Ich schickte zweimal hinter ihm her, aufeinander ohne zu treffen. Nach Abgabe der Schüsse brach ich unter der Einwirkung der Flüssigkeit bewusstlos zusammen. Wie mir inzwischen als Ergebnis der chemischen Untersuchung mitgeteilt wurde, handelte es sich um Blausäuregas. Ich war, wie man mir nachher sagte, eine Viertelstunde bewusstlos. Wessent, darunter ein Arzt, bemühten sich um mich und machten Atemübungen mit mir.“

Zum Bewußtsein zurückgekehrt, wurde ich in meine Wohnung zurückgeführt. Man sagte mir, daß wenn ich eine härtere Dosis des Giftes eingeatmet hätte, sie zum Tode hätte führen müssen. Ich versetzte darauf, über die Gründe, die der Täter haben konnte, Angaben zu machen und über die Kreise, aus welchen er stammt, bevor die polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen sind. Scheidemann behauptete sich aber in bitteren Worten darüber, daß seit Monaten eine besonders heftige und planmäßige Hege von den reaktionären Kreisen der Stadt gegen ihn bestanden habe. Besonders heftig habe die Hege nach seiner Rückkehr aus dem Erholungsurlaub in den reaktionären Blättern Gessels eingeleitet.

Das deutsch-nationale Wochenblatt habe vor zwei Wochen geschrieben, Scheidemann müsse man jeden Tag an den Pranger stellen. So sei ein Zusammenhang zwischen dieser unverantwortlichen persönlich gehässigen Hege mit der Tat nicht von der Hand zu weisen.“

Die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei in Karlsruhe war gestern abend zu einer Besprechung versammelt, um zu den Fragen Stellung zu nehmen, die erneut anlässlich des Attentats auf den Gen. Scheidemann für die Arbeiterbewegung aufgerollt worden sind. Der Standpunkt, den gestern der „Volksfreund“ eingenommen hat, wurde einstimmig gebilligt, insbesondere auch der Hinweis, daß das Treiben der deutschnationalen Mörderbanden, die nicht nur die Politik der infantilen und strabellösten Verleumdung und Verhöhnung praktizieren,

sondern auch die des politischen Mordmordes, zwanngsläufig in der Abwehr schließlich zu einer ebenso unfassenden, wie dann auch rücksichtslos durchgeführten Selbsthilfe der sozialistischen Arbeiter-schaft führen wird.

Der so außerordentlich erfreuliche Umstand, daß Gen. Scheidemann dem Attentat nicht zum Opfer gefallen ist, wird die Arbeiter-schaft diesmal vor Aktionen abhalten, aber darüber darf an keiner Stelle mehr ein Zweifel herrschen, ein gelungenes Attentat führt die Explosion herbei. Auch hier, nicht nur in den großen norddeutschen Industriebezirken. Die Stimmung in den Betrieben ist eine solche, daß die Arbeiter in ihrer beargwöhnten Erregung der Parteiführung bereits Vorwürfe machen, daß nicht sofort eine energische Abwehraktion unternommen worden ist. Es muß aber dabei bedacht werden, daß in der mit Gewittern so schwer geladenen innerpolitischen Atmosphäre, ein nützlicher Attentatsversuch wohl nicht der Anlaß zu einer Aktion sein darf, die einmal unternommen, auch durchgeführt werden muß. Auch in den Stunden der größten Erregung müssen sich die Verantwortungsträger der Arbeiter-schaft stets ihrer großen Verantwortung bewußt bleiben.

Es kommt noch hinzu, daß bei uns in Baden un-freilich die Landesregierung, wie die Polizei und die Staatsanwaltschaft in anerkannter Weise ihre Pflicht und Schuldigkeit bisher getan haben, wenn es gegolten hat, den Bestrebungen und Gefahren zu begegnen, die der Republik von ihren haderfüllten Gegnern drohen, wie sicherlich der heute in Offenburg beginnende Prozeß gegen die Selbstschützer der Erzbergermörder auch erweisen wird. Unter den gegebenen Verhältnissen ist die Aufgabe die, die Schlagfähigkeit der organisierten Arbeiter-schaft zu nötigenfalls rasch durchzuführen, die besten Sicherheitsstellen, sei es, um Aktionen zu unterstützen, die im ganzen Reich sich abspielen, sei es, um im engeren Vaterlande sofort zur erfolgreichen Abwehr schreiten zu können. Es ist ja nicht unbekannt, daß unsere badischen deutschnationalistischen Elemente eine Verbindung mit den Draufgängerbanden und ähnlichen Geistes unterhalten. Und wenn unsere heimischen deutschnationalistischen Kontre-revolutionäre auch nicht die Kraft und den Mut der un-frechlich gefährlichen Gefellen haben, die auf den ostfälischen und oberbayerischen Gefellen sich tummeln, an allerlei ge-walttätigen Gesellen wird es auch „unseren“ deutschnatio-nalistischen Elementen nicht fehlen. Würde in Baden es der Reaktion gelingen, siegreich sich durchzusetzen, würden sie im liberalen „Mutterlande“ ganz gehörig hauern.

Wenn auch diesmal von Aktionen Abstand genommen worden ist, sofern nicht Komplikationen anlässlich des Kassel Attentats eintreten sollten, so mögen sich unsere deutschnationalistischen Elemente gewarnt sein lassen. Das politische wie das Stimmungsbare-meter steht auf Sturm und wir wollen der Allgemeinheit und der lebensnotwendigen Ruhe und Ordnung dienen, wenn wir warnen und darauf verweisen, was u. E. unabwehrbar kommen wird und kommen muß, wenn die deutschnationalistischen Mörderbanden weiter ihr Un-wesen treiben, gefördert und unterstützt von staatsfremd-lichen Geheimorganisationen und deutschnationalistischen Gruppen. Wir drohen nicht, sondern wir warnen.

In der gestrigen Sitzung der Parteileitung kam aber auch noch etwas anderes scharf zum Ausdruck, nämlich die Verurteilung der Klassengeoffenen und Klassengenossinnen, die trotz aller reaktionären Treibereien und Mordtaten immer noch bürgerliche Veranstaltungen unterstützen und die bür-gerliche Presse abonnieren. Diese Angehörigen der werktätigen Bevölkerung sind durch ihr indiffe-rentes, das gesamte werktätige Volk so schwer schädigendes Verhalten mit die Haupt-schuldigen, daß die Reaktion und mit ihr die deutschnationalistischen Mördergruppen so frech auftreten können.

Was so ein deutschnationalistisches Organ sich leisten darf und was es seinen Abonnenten aus den Kreisen der Arbeiter-schaft, der unteren Beamten und der Angestellten sich zu bieten erlaubt, das beweist getreulich die „Badische Presse“. Die monarchistisch-deutschnationalistischen Kontre-revolutionäre in Ostpreußen, die an Gemeingefährlich-keit nicht hinter den bayerischen Draufgängerbanden zurückbleiben, haben sich zur Unterstützung ihrer Propaganda den Feld-marschall Hindenburg verführten, der seit einigen Tagen in Ostpreußen herumfährt und seine bekann-ten politischen Großworte redet. Wie ein Schaustück wird der alte Herr, nach vorangegangener Varnumreklame durch Ostpreußen geführt. Und wie der alte Mann als Generalissimo des deutschen Heeres nur selten auftaucht, was mit ihm gespielt wurde, wie ihn die Rudendorff, Bauer und Nicolai mißbraucht haben, so weiß er auch in diesem

Falle sicher nicht, daß er als Propagandamittel zur Vorbereitung für deutschnationalistische Umsturzpläne mißbraucht wird.

Die von Sozialdemokraten geführte preußische Regierung hat die Behörden in Ostpreußen angewie-sen, daß sie dem, in seiner Tendenz hochoverläufigen Hin-denourgrummel fern zu bleiben haben. Die republikanische preußische Regierung hat also ganz pflichtgemäß gehandelt. Dafür wird sie in der „Badischen Presse“ u. a. wie folgt verhöhnt:

„Es ist nur gut, daß sich gewisse Regierer hin und wieder auch Schrecken leisten, die eine vorzügliche Wirkung auf das Zwerchfell ausüben. Ausgerechnet die preußischen Regierer Braun, Severin, Wenbock und Biering haben nach Ostpreußen einen Urlaub gerichtet, der den Behörden verbietet, sich an den Feiern für Hindenburg zu beteiligen. Von Braun bis Biering sind alles unermessliche Größen. Wie kann es da Hindenburg wagen, nach Ostpreußen zu fahren, um sich von der Bevölke-rung umjubeln zu lassen. . . . Aber dem ungewohnten Nach-tigal mußte doch irgendwie gefrönt werden. Also heraus mit einem Urlaub, der den Behörden verbietet, an der Begrüßung teil-zunehmen. . . . Nun, Hindenburgs Fahrt durch Ostpreußen hat unter dem Schutzbügelrecht der Berliner Ungläubigkeit nicht gelitten. Die Ostpreußen wissen, was sie Hindenburg zu danken haben. Das deutsche Volk auch. Enttäuscht ist ange-sichts des Streiches der Berliner Regierer gar nicht angebracht. Hindenburg wird der Held des deutschen Volkes sein und bleiben. Es erhebt nur die Forderung, wenn hinterher die Urheber des Erfolges das Ganze als hochwichtige innerpolitische Tat auf-machen.“

Sehen denn die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die dieses deutschnationalistische Organ halten, nicht ein, daß die Reaktionäre immer mehr Mut bekom-men müssen, wenn sie die Fatale ver-zehrend finden, daß solche Blätter auch noch verhältnismäßig zahlreich in den Kreisen gehalten werden, die an der entgültigen Niederwerfung der nationalistic-mona-rchistischen Bewegung aufs allerernsteste in-teressiert sind?

Die Kontre-revolutionäre sind gewiß gefährlich. Sie haben bisher das Unglück des deutschen Volkes verschuldet und sie werden uns noch weiteres Unglück zufügen. Aber ihre Bedeutung und Gefährlichkeit wäre im Nu an ein lächerliches Maß reduziert, wenn ihre Veranstaltungen und ihre Presse nicht immer noch Unter-stützung aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung erhalten würde. Auf dem Boden der gottverdamnten Gleichgültigkeit und Schwärzigen Bequemlichkeit der sogenannten „großen Masse“ wächst und gedeiht die Reaktion, die sonst sich nicht ans Tageslicht wagen würde. Und wir wissen auch, die größten und radikalsten Schreier sind die eifrigsten Leser der deutschnationalistischen Presse. Wenn die Draufgängerbanden und die deutschnationalistischen Geheimvereinigungen sehen würden, daß ihre Presse zusehends an Boden in den Volksmassen verliert, würde ihre Unter-nehmungslust wie der Schnee an der Sonne schmelzen.

Sugo Stinnes über Anleihefragen und weitere Bewegung deutscher Gebiete

Auf einer stark besuchten Versammlung von Wirtschaftsführern in Offen, welche der Zweverband nordwestdeutscher Wirtschaftsvereinigungen und die Vereinigung der Handelskammern des niederheinisch-westfälischen Industriebezirks einberufen hatte, erklärte laut einer Meldung der „Deutschen Allge-meinen Zeitung“ Sugo Stinnes am Schluß einer Rede, in der er die Frage einer internationalen Anleihe an Deutschland ein-gehend behandelte:

Wir könnten aus den Anleiheverhandlungen unendlich viel Gutes bekommen, wenn die Geldgeber dafür sorgen würden, daß die Dinge in Europa so gestaltet werden, daß wirklich gute Unter-lagen durch die Anleihe für die europäische Wirtschaft geschaf-fen werden. Wir können aber durch eine kleine provisorische Anleihe in noch viel größerem Maße ins Glend gebracht werden, als wir es jetzt haben. Ich muß betonen, wie ich es an an-derer Stelle schon getan habe, daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt werde, für geringer halte, denn den Fran-zosen würde dann gezeigt werden, daß sie dadurch nicht reicher werden, also, daß sie bei erhöhten Unkosten noch weniger belom-men. Man darf nur eine endgültige Lösung treffen, und wir müssen zeigen, daß die Verwendung von untauglichen Mitteln endlich einmal aufhören muß.

Die in Offen von Herrn Stinnes vertretene Auffassung ist in der Tat bei ihm nicht neueren Datums. Wir werden den Verdacht nicht los, daß der Industriemagnat Stinnes, umgeben von einem Wald französischer Waffen, gar nicht so ungern re-gieren würde, bis er bestimmte Ziele erreicht hat.

Flucht aus polnisch Oberschlesien

Wäntermeldungen aus Hindenburg zufolge durchziehen große Flüchtlingsscharen die Stadt. Auf Wagen und Automobilen, die mit teilweise demoliertem Flüchtlingssgut beladen sind, kommen die vertriebenen Deutschen aus den von den Polen ter-rorisierten Gebieten. Hotels und Gastwirtschaften sind überfüllt. Alle verfügbaren Räume werden für die Heimkehrer zur Ver-fügung gestellt. Massenquartiere sind eingerichtet.

aufgetreten! Jetzt werden seine guten Absichten gerade von denen erkannt, welchen er helfen wollte.

Prinz Max ist ein echter „Liberaler“ gewesen: stets schwankend und unentschieden. Aber in dem Falle, den Graf Bernstorff behandelt, hatte die Unentschiedenheit des Prinzen etwas Gutes im Gefolge: Die Monarchie brach dann rettungslos zusammen. Wenn auch indirekt, aber in seiner Weise, hat dabei der Prinz mitgewirkt.

Der Kampf der süddeutschen Metallarbeiter und die SPD.

Von Rob. Dittmann.

Auf Wunsch des Metallarbeiterverbandes bringen wir auch diesen Artikel des Abgeordneten Dittmann zum Abdruck.

Als im März ds. J. der Deutsche Metallarbeiterverband den großen Kampf in der süddeutschen Metallindustrie aufnahm, führte zunächst die Presse der SPD. Die Tatsache, daß der Vorstand des DMB gegen die süddeutschen Metallindustriellen den Kampf auf breiter Front aufnahm und in feister Kampfstellung verharrete, als die Kämpfe in Bayern, Württemberg und Baden in einer Zeitperiode von wenigen Wochen zusammenfielen, daß eine Zeitlang und gar nicht zu dem seitherigen kommunistischen Geschrei, daß die Verbandsleitung keinen Kampf wage, jede Bewegung abdrohete und dergleichen Schwindel mehr. Doch gar bald war eine andere Melodie auf der Leier. Erweiterung der Kampfgebiete lautete die kommunistische Parole. Die einen begnügten sich mit einem Generallinien in Süddeutschland, die anderen wirkten ganz Deutschland in Mitleidenschaft gezogen, verschiedene Strategien wollten zunächst die Metallarbeiter ins Feuer schenken, während anderer Köpfe ein „etappenmäßiges Vorgehen“ befürworteten oder aber gleich „zum Sturm auf das Ganze“ hiefen. Als die Zeitung des DMB den Ratsschlüssen dieser Konfusionsräte nicht folgte, setzte ein Sturm in der kommunistischen Presse ein, um in angespannten Schmeicheleien ein Burlesk nach dem andern gegen uns zu schleudern. Arbeitsgemeinschaften, elende Buletins, Führerliche, Dummsheit, Unfähigkeit, Sabotage, Verrat usw., so ging es in steigendem Tempo durch den kommunistischen Wälderwald. Die meisten schweigen während der Dauer des Kampfes. Die Interessen der kämpfenden Arbeiter erlauben uns nicht, inmitten des schweren Ringens eine fruchtlose Auseinandersetzung mit den uns beschimpfenden Kreisen zu pflegen. Wir hatten besseres zu tun. Sehen die Arbeitermassen im Kampf, geht es nicht an, über Details der einflussreichen Taktik auf offenerm Markt zu debattieren. Das weiß jeder Gewerkschafter. Doch noch ein anderes kam für uns hinzu: im Kampfe standen alle Arbeiter, unabhängig ihrer politischen Richtung, geschlossen beisammen. Ein Beschützer, wer in solchen Stunden, in denen die Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum gemeinsam um ihre Existenz ringen müssen, nicht besser zu tun weiß, als eben politischen Streit vom Baue zu brechen. Wirten wir auf diesem Wege gefolgt, wäre eine Ermüdung und schließlichige Sprengung der proletarischen Kampftruppe die Folge gewesen. Das durfte nicht sein.

Am 1. April erschien von der Zentrale der SPD (Abt. Gewerkschaften) ein „flamender Aufruf“ an die Mitglieder des DMB und der Ufa, worin zum Selbstmordaufruf für ganz Süddeutschland aufgerufen wurde. Wenn kein Arbeiter diesen und ähnlichen Aufrufen folgte, so ist dies der beste Beweis dafür, wie „erst“ die deutsche Arbeiterklasse — kommunistisch geführte Arbeiter inbegreifen — solche Kundgebungen nimmt. Man hat allmählich Zweifel des Guten gewonnen, um nach auf solche Aufputscherien heranzufallen. Um so mehr wandte sich der Jura kommunistischer Federbühnen wieder der Generallinien zu. Wichtigere als einzelne Parteien kommunistischer Kreise seien festzuhalten, die auch bei zukünftigen Gewerkschaftskämpfen beachtlich sind. Hatte die kommunistische Presse während der Monate des Kampfes hindurch sich häufig geäußert, daß die süddeutschen Metallarbeiter verstanden würden, daß der Kampf zunächst mit einer Niederlage der Arbeiter enden müsse (werden die Schanzmacher im Unternehmertum geschnitten haben!), wenn nicht die kommunistischen Ratsschlüsse befolgt würden usw., so gingen die gleichen Kreise mit den traurigsten Berichtigungen vor, nachdem in wochenlangen Verhandlungen ein Ergebnis erzielt wurde, das zum Abschluß des Kampfes führte. Und wiederum folgte die „rote Fahne“ ihren Epithelen über das Ergebnis der Rindener Verhandlungen am 22. Mai ds. J. hinaus:

Wir sind nicht im geringsten darüber im Zweifel, daß, wenn die Abstimmung in allen Bezirken und bei allen Streitenden korrekt vorgenommen wird, die in München getroffenen Vereinbarungen ebenso einmütig wie das Heidelberger Abkommen abgelehnt werden.

Doch diese Rechnung hatte ein großes Loch. Wenn sich die Metallarbeiter während des münchener Kampfes durch den Verfall einer „schwarzen Rindener“ Verhandlung des kommunistischen Regimes nicht irrezuhören ließen, so ebensowenig durch die hilde Hege, die beim Abschluß der Verhandlungen gegen das erzielte Ergebnis und gegen die Verbandsleitung von den gleichen Organen betrieben wurde. Mit verdrückter Mehrheit stimmten die Kämpfenden in den einzelnen Kampfgebieten den Verhandlungsergebnissen zu, ganz gleich, ob die einzelne Verwaltung von Kollegen der SPD, Ufa oder SPD geleitet wird.

(Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches

Zur freigewerkschaftlichen Organisation der Beamten

Die vor einiger Zeit vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Ufa-Bund erfolgte Gründung der Reichsbeamten-Zentrale hat die Ortsausstöße Karlsruhe dieser beiden Spitzenverbände veranlaßt, die Errichtung eines der Führung der Reichszentrale entsprechenden, den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragenden, Beamtenausganges in die Wege zu leiten.

Die Vertreter derjenigen Organisationen, die bisher schon Beamte organisierten, (Eisenbahn, Post, freie Angestellte usw.) haben bereits die nötigen Vorarbeiten getroffen. Die endgültige Konstituierung wird demnächst erfolgen.

Dadurch ist der Weg der freigewerkschaftlichen Organisation der Beamten geebnet und darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Beamtenenschaft die noch so z. T. in ihren Kartellverbänden sich betätigt, denselben den Rücken kehrt.

Lohnbewegung im Hoch-, Klein- und Tiefbaugewerbe in Ober- und Mittelbaden

Unter dem Vorh. von Generalrat Emelc trat im Arbeitsministerium das vereinbarte Schiedsgericht, bestehend aus den Herren Architektien Tier- Karlsruhe, Schilder-Freiburg, Stabrat Philipp-Karlsruhe und Landtagsab. Heurich-Freiburg, zusammen und setzte folgende Beschlüsse:

1. Auf die tariflich vereinbarten Realöhne werden ab 1. Juni 1922 folgende Zuschläge festgesetzt: 1, 1 b, 2: 4 % in der Stunde; Lohngruppe 3, 4, 5: 3,90 % in der Stunde. 2. Die Löhne der jugendlichen Arbeiter erhöhen sich nach dem Prozentsatz des Tarifvertrages. 3. Das Schiedsgericht empfiehlt den Arbeitgebern des Bezirkes Freiburg, den Lohnausgleich von

25 % pro Stunde auf die Lohnhöhe von Karlsruhe ab 1. Juni 1922 zu bewilligen, die der neue Tarifvertrag gebracht hätte, wenn der neue Tarifvertrag rechtzeitig in Kraft getreten wäre. 4. Den Gipfeln ist ein Zuschlag von 2 % auf die Maurerlöhne zu bezahlen. Wo die Gipfel schon höhere Löhne erhalten, bleiben sie auch weiterhin bestehen. 5. Arbeiter, die nach dem 1. Juni 1922 austreten, haben Anspruch auf diese Erhöhung.

Soziale Rundschau

Die 2. Hauptversammlung der Krankenkasse der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in Baden

fand kürzlich in Karlsruhe statt und war durch 84 Mitglieder teils in Person, teils mit Vollmacht ausgestattet, vertreten. Der 1. Vorsitzende, Herr Eisenb.-Arzt Dr. Trautmann, gab nach Eröffnung den 1922er Geschäfts- und Rechnungsbildbericht bekannt. Nach letzterem betragen die Einnahmen in einem Bestand von 105 892,87 M. und Einnahmerückständen mit 13 942 M., zusammen 119 834,87 M. Nach Abzug der Vorjahrzahlungen für 1921 mit 14 896,70 M. und Abführung von 35 693 M. als Rücklage für 1919 bis mit 1921 zum Reservefonds, dienen 50 000 M. zur Erledigung noch nicht eingelaufener Erfordernisse für das Jahr 1921, und der Rest mit 19 445,17 M. als sogen. Vertriebsfonds.

So kann der Rechnungsablaß auf 31. Dezember 1921, der vom Rechnungsrat Herr Dr. Zuppelhorst vortrug, in den Einzelheiten noch näher erläutert wurde, als durchaus befriedigend und erfreulich bezeichnet werden. Eine durch die eigene zu dem Zwecke bestellte Kommission vorgenommener Saus der Kasse an der Hand der Belege gab zu keinerlei Beanstandungen Anlaß, worauf dem Antrag der Kommission auf Entlassung des Vorstandes und Rechners stattgegeben wurde. Die bisherige Rechnungsprüfungskommission wurde auch für 1922 als solche wieder bestellt. Die Steigerung der Mitgliederbeiträge, wie auch die Leistungen der Kasse im das Jahr, wurde antwortgemäß genehmigt. Ein weitergehender Antrag konnte die Zustimmung der Versammlung nicht finden. Dem Vorstand und Rechnungsrat wurde aus der Mitte der Versammlung heraus der Dank für ihre unermüdete Mithewaltung ausgesprochen.

Die Arbeitszeit der Angestellten

Von amlicher Seite wird uns geschrieben:

Der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit der Angestellten wird in diesen Tagen dem Reichswirtschaftsrat zugehen. Der Entwurf fällt für die Angestellten den Samstagtag aus, steht aber zugleich, ebenso wie der Entwurf für gewerbliche Arbeiter und die bisher geltenden Demobilisationsbestimmungen, gewisse Ausnahmen vor. Aus der Tatsache, daß alle wesentlichen Ausnahmen der beiden Entwürfe bereits in diesen Demobilisationsbestimmungen vorgesehen sind, wobei jedoch ohne weiteres die Behauptung, daß durch den Umfang der Ausnahmen in den beiden Entwürfen der Grundgedanke des Samstagtages nachträglich wieder aufgehoben werde. Das Gegenteil ist der Fall. Während in den Demobilisationsbestimmungen den Demobilisationskommissionen eine sehr weitgehende, allgemeine Befugnis zur Verbilligung von Ausnahmen eingeräumt war, ist in den neuen Entwürfen genau bestimmt, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen Ausnahmen zugelassen werden dürfen. Dadurch ist die Befugnis der Behörden, Ausnahmen zuzulassen, wesentlich eingeschränkt.

Aus der Partei

5. Landtagswahlkreis — Agitationsbezirk Karlsruhe Kreisvorstandssitzung. Am Freitag, 9. Juni, findet nachmittags 7 1/2 Uhr im „Altenhorn“ (Wildeblumstraße 69) in Karlsruhe eine Sitzung des Kreisvorstandes statt.

Aus der Parteibewegung des Bezirkes Groß-Züringen

Die Parteibewegung im Bezirk Groß-Züringen hat im letzten Geschäftsjahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 31 000 auf rund 32 000. Erfreulich ist besonders die Zunahme der weiblichen Mitglieder. Die Festigkeit der Organisation zeigt sich in folgenden Marktergebnissen: Es wurden 46 000 Beitragsmarken mehr verkauft als im vorigen Jahre. Im Bezirk bestanden 413 Ortsvereine, eine Neuaufnahme wurden im letzten Jahre 2207 gemacht. In den Gemeinderäten und Stadtratsverordnetenversammlungen ist der Bezirk durch 1411 Genossen und 34 Genossinnen vertreten, außerdem befanden sich Genossen in folgenden Stellen: 24 Bürgermeister, 36 Bürgermeister-Stellvertreter, 68 Ortsvorsteher, 46 inbefolgte und 2 befolgte Stadträte, 3 Provinziallandtagsabgeordnete, 44 Kreislandtagsabgeordnete, 19 Bezirksausführer und 9 Stadtausführer, 3 Reichstagsabgeordnete (darunter 1 Genossin). Die im Bezirk bestehenden 8 Parteiverbände sind gut fundiert. Hilfsvereine sind 62, 63 Jugendvereine und 478 Mitglieder vereinigt. Hilfsvereine sind 62, 63 Jugendvereine und 478 Mitglieder vereinigt. Im letzten Winter wurden 39 Wählerversammlungen und 94 Tagungsverfassungen veranstaltet, außerdem fanden noch 34 künstlerische Veranstaltungen statt. In 74 Orten bestehen Arbeiterbibliotheken mit 18 835 Bänden.

Badische Politik

Die Geheimberichte des stellv. Generalkommandos des 14. Armee Korps

Zu der behandelten Angelegenheit der Geheimberichte des Generalkommandos des 14. Armee Korps ergreift gestern im hiesigen „Tagblatt“ Herr Generalmajor Klefeld das Wort. Der Herr schreibt:

Der „Volksfreund“ meldet unter dem 3. Juni, daß die Zentrumspartei des Saarländes durch offene Ansetzung bei der badischen Regierung Aufklärung über einen angeblichen Geheimbericht des Stellvertretenden Generalkommandos 14. Armee Korps im vierden Kriegsjahre geordert habe, da in diesem Bericht dem Zentrum und der katholischen Geistlichkeit dargelegt werde, während des Krieges die Stimmung der Bevölkerung im Geheimen korruptiert zu haben. Eine solche Aufklärung habe ich bereits im April ds. J. von dem Herrn Finanzminister Köhler erbeten, da ich während der französischen Zeit als Chef des Stabes des Stellvertretenden Generalkommandos des 14. Armee Korps für den gesamten Saarländischen Veranwortlich war. Da der Herr Finanzminister in einer Zentrumsvorstellung in Pforzheim Teile dieses Berichtes verloren hatte, ersuchte ich ihn gleichzeitig um Einbild in das Original dieses Berichtes, der allein dienstkräftig genug ist, um eine Stellungnahme der damals verantwortlichen Stellen zu rechtfertigen. In einmütiger Beschlüssen des Herrn Minister gewünschten Unterredung vom 5. Mai wiederholte ich meine Bitte, erhielt aber erst nach meinem nochmaligen Schreiben vom 30. Mai unter dem 3. Juni eine endgültige Antwort durch abziehenden Befehl. Am Tage darauf erschien dann die obgenannte Meldung aus dem Saarländ.

Als Chef des Stabes des Stellvertretenden Generalkommandos 14. A. K.

Das ist eine sehr merkwürdige Erklärung, die der Herr General a. D. veröffentlicht. Als ehemaliger Stabschef

m u f, falls ein geordneter Geschäftsgang beim stellv. 14. A. K. geherricht hat, der Herr Klefeld wissen, ob Geheimberichte über politische Parteien verfaßt worden sind oder nicht. Also m u f te der Herr General, wenn er sich schon zum Worte meldet, auch entweder der Behauptung ein Ja oder ein Nein folgen lassen. Statt dessen spricht der Herr von „angeblichen“ Berichten und fordert gleichzeitig Einsichtnahme in die Originalen. Das ist ein Herumgerede, es ist nicht gehalten und nicht geladen. Wir können es verstehen, wenn Herr Klefeld sich nicht mehr als Herr Schriftstube zu erinnern vermag, die ihm zur Unterschrift vorgelegt worden sind, ob aber Geheimberichte in der vom Herrn Finanzminister Köhler erwähnten Art angefertigt worden sind oder nicht, das m u f einfach der ehemalige Stabschef wissen. Weil er aber so tut, als wisse er nichts mehr, darum ist seine Erklärung von einer recht verdächtigen Wertmüdigkeit. Die Geheimberichte werden vermutlich im Reichswehrministerium liegen und wir hoffen, daß man dort sie auch trotz der öffentlichen Erörterung noch vorfindet.

Wie das „Tagblatt“ mitteilt, wollen die Deutschnationalen im Landtage die Regierung wegen der Angelegenheit interpellieren. Dazu haben die Herren unseren vollen Beifall.

Die Anfrage der Deutschnationalen betr. Geheimberichte

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Landtag hat folgende förmliche Anfrage eingebracht:

Nach Stellungberichten hat sich Finanzminister Köhler in einer öffentlichen Versammlung dahin geäußert, daß das Stabskommando in Karlsruhe im vierden Kriegsjahre einen Geheimbericht an das Kgl. Kriegsministerium in Berlin gesandt habe, in welchem es heißt: „Die gesamte der Zentrumspartei zur Verfügung stehende Organisation (Geistliche) korruptierte die Stimmung des deutschen Volkes.“ (Die Beweise dafür seien einwandfrei erbracht.)

Ein Fraktionsmitglied des Herrn Finanzministers hat auf diese Äußerung in der 48. Sitzung des Landtags Bezug genommen und sie wiederholt. (S. Niederschrift S. 2128 ff.)

Die Bekanntgabe einer solchen Äußerung bedeutet nicht nur einen neuen Steinwurf auf den sogenannten „alten Staat“, sondern, was zuerst viel ernster zu bedenken ist — eine solche Bekanntgabe führt die Gefahr herauf, daß die professionellen Gelehrten und das professionelle Militärschicht verärgert und der konfessionelle Eifer erhitet wird.

Darum erscheint die genaue Untersuchung und Klärung des Sachverhalts geboten.

Ist die Regierung bereit, die Unterlagen für die Mitteilung des Herrn Finanzministers voll und richthaus zu veröffentlichen oder ihre Veröffentlichung zu bewirken?

Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum badischen Fürsorgegesetz

Das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte vom 26. Juli 1921 entspricht den jetzigen Verhältnissen nicht, seine der Not entsprechende Ausgestaltung ist ein dringendes Bedürfnis. Das Ministerium des Innern veröffentlicht nunmehr einen Gesetzentwurf, der diesen Bedürfnis entgegenkommt. Der Entwurf nimmt in Rücksicht:

1. Gleichstellung der Gemeinde- und Körperchaftsbeamten und ihrer Hinterbliebenen in der Höhe der Versorgungsbezüge aus der Fürsorgekasse mit den Reichs- und Landesbeamten.
2. Ausfällen der laufenden Versorgungsbezüge an die eingetretene Witwenversicherung.
3. Festhalten am Aufbau auf den bewährten versicherungstechnischen Grundlagen der Fürsorgekasse im Rahmen der Tragfähigkeit der beteiligten Gemeinden und Körperchaften und in einer Form, die den Eintritt in die Fürsorgekasse, soweit etwa ein solcher Wunsch bestehen sollte, nicht verschleiert.
4. Aufhebung des Hauptteiles der neuen Losen durch die Gesamtheit der Anstellungsgemeinden und Körperchaften auf dem Wege des Umlageverfahrens.
5. Angleichung sonstiger Bestimmungen des Fürsorgegesetzes an die Erfordernisse der Gegenwart, insbesondere an die Weltlage.

Die Absätze 1 und 3 des § 11 erhalten die Fassung: „1. Ein der Fürsorgekasse angehöriges Mitglied hat nach einer Dienstzeit von mindestens 10 Jahren im Falle seines oder ihrer Hinterbliebenen Anspruch auf einen Teil des eigenen Vermögens veranlassen nach freiwilligen Ausschneiden aus dem Dienste Anspruch auf lebenslänglichen Ruhegehalt, wenn es wegen eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seinen körperlichen oder geistigen Kräfte dienstunfähig oder wenn es 65 Jahre alt geworden ist. Bürgermeister, die der Fürsorgekasse als Mitglied angehören, erwerben unter den gleichen Voraussetzungen den Ruhegehaltsanspruch bereits nach einer Dienstzeit von mindestens neun Jahren, wenn diese Dienstzeit in der Eigenschaft als Bürgermeister zurückgelegt ist.“

2. Ist die Dienstunfähigkeit die Folge einer Krankheit, Verwundung oder sonstigen Beschädigung, welche das Mitglied bei Ausübung des Dienstes oder aus Veranlassung desselben ohne eigenes Verschulden nach verlangter Mitgliedschaft sich zugezogen hat, so tritt der Anspruch auf Ruhegehalt auch dann ein, wenn die nach Absatz 1 erforderliche Mindestdienstzeit noch nicht abgelaufen ist.“

§ 15 Abs. 1: „Bei neun Dienstjahren sowie im Falle des § 11 Abs. 3 beträgt der Ruhegehalt $\frac{1}{100}$ des Einkommens, welches das Mitglied innerhalb des letzten Jahres vor seiner Zurechtweisung nach den festgesetzten Einkommensansätzen bezogen hat. Vom vollendeten zehnten Dienstjahre an beträgt der Ruhegehalt $\frac{1}{100}$ und steigt von da an mit jedem weiteren zurückgelegten Dienstjahre bis zum vollendeten 30. Dienstjahre um $\frac{1}{100}$ und sodann um $\frac{1}{100}$ bis zu einem Höchstjahre von $\frac{1}{100}$ des Einkommensanschlages.“

Wie in der Begründung ausgeführt wird, schlägt der Entwurf vor, für die Einkommen bis zu 20 000 M., sowie von dem höheren Einkommen für deren Teilbeitrag bis zu 20 000 M. das bisherige Umlageverfahren beizubehalten, verwendet hingegen die über der Grenze von 20 000 M. liegenden. Hierdurch wird die Tragfähigkeit der beteiligten Gemeinden und Körperchaften trotz der Altersverhältnisse nicht in Frage gestellt werden.

Bisher sind Wünsche der Städte auf Anschlag zur Fürsorgekasse nicht herangezogen. Wenn solche Wünsche nunmehr bestehen sollten, würde aus der Art, wie die Umlagefrage gelöst werden soll, kein Hindernis erwachsen, ihnen zu entsprechen.

Parteigenossen und Leser des „Volksfreund“

Berücksichtigt bei neuen Einkäufen die

Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftleuten

die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Lebensgefährlich verletzt wurde gestern abend 9 Uhr in der Kronenstraße hier ein verheirateter Schmied aus Bruchhausen von einem blutigen Wechwermeister. Beide waren miteinander in Streit geraten, in dessen Verlauf der letztere dem erstgenannten einen Schlag ins Gesicht beibrachte, wodurch er zu Boden fiel und sich eine schwere Verletzung am Hinterkopf zuzog. Der Verletzte wurde mittels Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht.

Unfälle. Heute früh 4.30 Uhr geriet ein Bierführer von hier in der Ritterstraße auf unangelegte Weise unter sein Fuhrwerk und blieb blutüberströmt liegen. Er trug Kopf- und Armverletzungen davon und wurde ebenfalls nach dem städt. Krankenhaus verbracht. — Beim Übersteigen des Güters am Eingang zum Wildpark sprang ein Schneerührer von hier am 5. I. M. früh 5.30 Uhr in einen Graben und erlitt eine so erhebliche Knieverletzung, daß er mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. Gestern nachmittag erlitt ein Arbeiter von hier in einem Anwesen am Rheinbogen eine Schädelerkennung. Er wurde in bewußtlosen Zustande ins städt. Krankenhaus eingeliefert. Untersuchung ist eingeleitet.

Verordnende Verbesserungen im Fernsprechnetz. Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden ist die Handelspostverwaltung wegen Verbesserung der Fernsprechnetze, namentlich nach Berlin, Frankfurt a. M. und dem Rheinland, vortrefflich geworden. Das Fernsprechnetz der Handelskammer folgenden Bescheid zugehen: „Zur Verbesserung des Fernsprechnetzes von Karlsruhe (Baden) mit Berlin sowie Frankfurt a. M. und darüber hinaus mit dem Rheinland ist je eine neue Fernsprechnetzleitung Berlin-Karlsruhe und Frankfurt-Karlsruhe im Bau begriffen. Hinszu kommt ferner eine neue Leitung Frankfurt-Baden-Baden, durch welche die Verbindungen zwischen Karlsruhe und Frankfurt von dem Baden-Badener Verkehr entlastet und aufnahmefähiger gemacht werden. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme dieser Leitungen ist in Kürze zu erwarten. Weitere bedeutende Verbesserungen wird der Fernsprechnetz von Karlsruhe durch die Einbeziehung in das gesamte große Fernsprechnetz erfolgen, das 2. H. in der Ausführung begriffen ist. Am laufenden Jahr wird die Fernsprechnetz Berlin-Frankfurt hergestellt, im nächsten Jahr werden sich die Verbindungen Frankfurt-Köln und Frankfurt-Worms-Karlsruhe-Stuttgart anschließen, später wird die Kabelverbindung Karlsruhe-Freiburg (Baden) abgeschlossen. Es sind also nach allen Seiten neue Anstöße wegen für den Fernverkehr vorgesehen, die allen Bedürfnissen genügen werden.“

Im Stadtpark veranstaltet die Feuerwehrgesellschaft heute (Mittwoch) von 8-11 Uhr einen Operetten- und Walzerabend. Da für die Mittwochsoperette ermäßigte Preise vorgezogen sind und das mit Sorgfalt aufgestellte Programm eine Anzahl der beliebtesten Operetten- und Walzermelodien enthält, dürfte ein Besuch des Stadtparks reichlich lohnen.

Warnung vor dem Kauf von sog. Gasparapparaten. In der letzten Zeit werden im Dauerhandel in hiesiger Stadt sog. Gasparapparate zum Preise von 40 M pro Stück zu verkaufen versucht. Diese Apparate mit dem Namen „Gehi“ ergeben nach gründlicher Untersuchung im Gaswert und im hiesigen Gasinstitut, daß keine der Gasparapparate damit erzielt werden kann. Der Gasverbrauch war bei Verwendung des sog. Gasparers sogar noch größer, als beispielsweise bei dem hier allgemein im Gebrauch befindlichen Gasocher. Durch den Einbau der Gasparapparate ergeben sich mit der Zeit Verstopfungen im Brennerrohr, so daß bereits in vielen Fällen die Apparate wieder ausgebaut werden mußten. Weil der Verkäufer unmaßiger Weise dem Publikum angibt, er käme als technischer Beamter des städt. Gaswerks, wurde die hiesige Staatsanwaltschaft hiervon in Kenntnis gesetzt. Vor Ankauf des Gasparers „Gehi“ wird gewarnt.

Bad. Lichtspiele im Konzerthaus. Der neue Spielplan wird die Besucher, welche letztes Mal durch das Nichtintreffen der bestellten Filme enttäuscht wurden, entschädigen durch eine Reihe hochinteressanter und reizvoller Filme. Fernzuerst werden den Lichtspielern „Dressur deutscher Schäferhunde“ wertvolle Anregungen und Belehrung entnehmen. „Chemische und physikalische Spielereien“ zeigen Vorgänge, die uns sonst täglich begegnen. Zu einer Fahrt in die Weltkernen entführt uns ein Flugfilm. Der alte Mond ist unser Reiseziel. Die Rollen dieser Flugzeugfahrt sind im Eintrittspreise einbezogen. Ueber den „Einsteinsturm“, der in einem der nächsten Spielpläne eine einmalige Wiederholung hier erlebt, haben wir ja schon eingehend berichtet. Wir konnten mit Befriedigung feststellen, daß auch die wertvolle Bevölkerung an diesen wissenschaftlichen Problemen regen Anteil nimmt. Auch die Wiederholung des Filmes wird durch einen Vortrag des Dr. Rabus begleitet werden. Das bildliche Material wird nicht geben können, wurde hier mit den neuesten Hilfsmitteln des Films in kurzer Zeit dem Zuhörer, auch dem nicht wissenschaftlich Durchgebildeten, in bestechender Weise verständlich gemacht. (Siehe Anzeige).

W. Rosenfeld im Stadtpark. Angeregt durch das gute Gelingen des Frühjahrsfestes, entließ sich die Stadtparkkommission, am Sonntag, den 17. Juni d. J., nachmittags 4 Uhr im Stadtpark ein „Rosenfest“, verbunden mit einem Wagenrennen, zu veranstalten. Geplant ist ein Rennezug (etwa 1000 Wagen), in dem wieder Gruppen in verschiedener Aufmachung betreten sein werden, außerdem wieder einige hübsch geschmückte Wagen, die das Gelingen von Groß und Klein hervorheben. Der Mittelpunkt hiermit wird zweifellos der Wagen der „Rosenkönigin“ bilden. Mit dem Fest ist, wie bereits erwähnt, ein Wagenrennen verbunden, an dem blumengeschmückte Wagen aller Art teilnehmen können. Für die schönste geschmückte und originellsten Wagen werden Preise (zusammen 700 M) ausgesetzt. Anmeldungen hierzu sind bis längstens Mittwoch, den 11. Juni d. J., 12 Uhr mittags, bei Herrn Stadtparkinspektor Franzer (nördlicher Stadtparkeneingang) vorzunehmen.

Valuta-Bericht vom 6. Juni. Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 1.87 Gld. Auszahlung Holland notierte etwa 112.72 M per holl. Guld. Auszahlung Schweden notierte etwa 55.20 M per schw. Kr. Auszahlung England notierte etwa 129.50 M per Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte etwa 26.25 M per franz. Fr. Auszahlung Neupost notierte etwa 287.50 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 7. Juni. Voraussichtliche Witterung: Mehrere Gewitter, sonst ziemlich heiter und warm, nur vorübergehend Abkühlung.

Wasserstand des Rheins. Schwanstein 301 Zm., gef. 1 Zm., Neß 374, gef. 2, Wargen 572, gef. 4, Mannheim 488, gef. 5.

Kleine badische Chronik. Heidelberg, 6. Juni. Ein blutigen Ausguss nahm gestern eine Godeitscheier in einem Hause der Altstadt dadurch, daß Godeitscheier Polizeibeamten, die die Parteien in der Wohnung zur Ruhe verwiesen, durch Stich- und Hiebverletzungen verletzten.

Mannheim, 6. Juni. Bootsunfall. Gestern abend machte ein lediger Kaufmann eine Fahrt auf dem Neckar. Infolge Unfalls des Mannes schlug der Kahn um und alle drei Insassen fielen ins Wasser. Dem Kaufmann und einem Mädchen gelang es, sich zu retten, während das andere Mädchen, Paula Dapple, ertrank. Die Leiche konnte bis jetzt nicht geborgen werden. Der Kaufmann wurde verhaftet. — Beim Baden ertranken im letzten nachmittag im Neckar der 27 Jahre alte Holzarbeiter Heinrich Dörmann. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden.

Von der hohenzollernischen Grenze. (Die Dämmen werden nicht alle!) Hier wohnende Rheinländer hatten einen Landwirt vorgemacht, daß in seinem Stall eine Dore hause und daß sie die selbe vertreiben könnten. Dazu sei allerdings eine namhafte Summe erforderlich. Nach und nach wurden dem Bauern 82.000 M entlohnt, wobei sich der Mann noch 22.000 M leihen mußte. Schließlich kam man hinter die Schliche der Zigeuner, und sie wurden verhaftet. Von den 82.000 M war nur noch ein kleiner Rest aufzufinden.

Holländisch-deutsche Sonnenfinsternis-Expedition. Die das „Heidelberger Tageblatt“ erzählt, geht Mitte Juni von Hamburg eine deutsche Expedition, bestehend aus den Herren Prof. Aug. Kopff von der Heidelberger Sternwarte auf dem Königsstuhl, Dr. Freundlich-Boisdam und Dr. Hopmann-Vonn nach Javaab, wo aus sie sich zusammen mit einer holländischen Expedition zur Erforschung der Beobachtung der nächsten totalen Sonnenfinsternis (20. Sept.) begeben wird.

Fremdenverkehr. Nachdem die Vertreter der Fremdenindustrie die Verpflichtung übernommen haben, für die Verbesserung der Verhältnisse in weitgehendem Maße Auslandslebensmittel heranzuschaffen, werden auch in diesem Jahre die Vorarbeiten über die Regelung des Fremdenverkehrs verhandelt bis auf weiteres wie im vorigen Jahre gehandhabt. Neu erlangene hier dargelegte Anordnungen über Ausreis- und Aufenthaltserlaubnis für Ausländer. Sollte der Fremdenverkehr Formen annehmen, die Einschränkungen notwendig machen, so wird das Ministerium die erforderlichen Anordnungen treffen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Handel von Lebensmittel durch Fremde gewidmet werden, insbesondere sind Anweisungen ergangen, daß gegen mißbräuchlicher Fremde rücksichtslos durch Verfolgung weiteren Aufenthalt vorgegangen wird.

Der Obdachloser. Offenburg, 6. Juni. Die „Offenburger Zeitung“ meldet: Nachdem der Landwirt Huber von Obdach am Schluß der Schwurgerichtsverhandlung am Samstag eine Erklärung abgegeben hat, daß er bereit sei, vor dem Oberstaatsanwalt weitere Aussagen zu machen, hat er gestern ein umfassendes Geständnis dahingehend abgegeben, daß er den verhängnisvollen Schuß, der den Wähler tötete, abgegeben habe. Wähler soll an Huber des öfteren unlautere Anspielungen gestellt haben, die Huber Veranlassung waren, Wähler aus dem Wege zu räumen.

Gerichtszeitung

Freiburg, 13. Mai. Die Protokolle der Holzverhandlungen nach der Schweiz enthielt eine Verhandlung vor der Strafkammer. Der Landwirt und Holzhändler Otto Eugen Benz, aus Schopfheim-Gündelshausen, schied zu Beginn des letzten Winters an drei verschiedenen Tagen mit Holzfuhrern die Grenze bei Bredach-Sleiten. Ingeheim war das Holz nach dem oberhalb Basel gelegenen badischen Orte Grenzauß bestimmt und sollte nur auf eine längere Strecke, der eigenartigen Grenzverhältnisse wegen, durch schweizerisches Gebiet hindurchgeführt werden. Die Lage, oberflächlich Ausfertigung der Durchfuhrschein seitens der Zollangehörigen ermöglichte es Benz, das Holz größtenteils in dem schweizerischen Orte Nicken zum Verkauf zu verkaufen, in Grenzauß erfuhr er später pro forma mit dem Rest, um sich den Durchfuhrschein legalisieren zu lassen. Einem dieser Kontrollbeamten, dem Grenzaußer Heinrich Döbler aus Dittelsheim, hatte Benz aus Gefälligkeit etwa 1/2 Liter Holz zum Preise von 50 M überlassen. Die Strafkammer verurteilte Benz wegen unerlaubter Holzverfuhr und wegen Verletzung von vier Monaten Gefängnis und zu 20.000 M Geldstrafe oder weiteren 300 Tagen Gefängnis, 4200 M Nebenstrafe werden eingezogen. Grenzaußer Döbler erhielt wegen passiver Beteiligung drei Monate Gefängnis.

Ein fingierter Heberfall. Wegen eines höchst raffinierten Vertriebs fanden der 15-jährige Mechanikschüler Fritz Reger aus Springen (bei Forstheim) und der verheiratete Arbeiter August Herzog aus Schönbühl (Wittenberg) vor der hiesigen Strafkammer. Herzog, der mit dem Reger verheiratet ist, mußte davon, daß dieser öfters für seine Firma auf der Raaf Geld holte, nachdem er nur gerade eine Gefängnisstrafe verbüßt hatte, fachte er den Reger durch intensives Zureden dazu zu verleiten, ihm auch einmal das bei der Raaf abgehobene Geld zu geben, damit er ein Geschäft gründen könne. Dies gelang ihm und im März ds. J. „überfiel“ er nach Vereinbarung der Reger. In einem Prozenteigentümer öffentlicher Aborte, als er von der Raaf 100.000 M geholt hatte, schlug ihm auf die Nase und nahm ihm die beträchtliche Summe ab. Von den 100.000 M verwandte Herzog gleich einen Teil für sich, während der größere Teil einem Bekannten zur Aufbewahrung übergab. Die Sache kam aber in kurzer Zeit an Tagelicht und das Geld konnte dem rechtmäßigen Eigentümer zugeführt werden. Das Gericht verurteilte den Reger wegen Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten, den Herzog wegen Anstiftung zur Unterschlagung und Diebstahl zu einer solchen von 1 Jahr 6 Monaten. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Herzog, der bei der ganzen Affäre der Mittäter war, auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Bei beiden Verurteilten geht ein Monat Untersuchungshaft an der Gefängnisstrafe vor.

Einer gerechte Strafe. In Gals bei Wehr wurde eine Frau wegen Mißhandlung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 10.000 M Geldstrafe verurteilt. Öffentlich dient dieses Beispiel zur Warnung.

Wegen Diebstahls fanden die beiden Zollböhner Heinrich Wrettel und Gottfried Wigel, der Fuhrer Emil Wohls, der Waidenheimer Karl Wreßel und der Dienstherr Simon Herzog, sämtlich aus Reutbach, vor der Karlsruher Strafkammer. Den 4 ersten Angeklagten sind drei bei einem Raaf in Reutbach begangene Einbruchdiebstähle zur Last gelegt. Hierbei fielen den Dieben Geld, Zigaretten und Schokolade in die Hände. In einem anderen Falle stahlen sie einem Bauern mittels Einsteigens in dessen Scheune das Rad, das damals einen Wert von 900 M hatte. Bei den erwähnten Diebstählen hatten Wrettel und Wreßel Revolver bei sich, mit denen sie die beiden anderen, die Posten standen, bewaffneten. Wrettel ist ferner beschuldigt, durch Legung einer neuen Leitung hinter dem Stromzähler die Stromführende Firma, das Vodenweil, längere Zeit geschädigt zu haben. Das Gericht verurteilte den Wrettel wegen schweren Diebstahls und Entziehung elektrischen Stromes zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft. Wigel, Wreßel und Herzog erhielten je 8 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft. Herzog, der nur beim Raafdiebstahl beteiligt war, kam mit 6 Monaten Gefängnis davon. Dem Wrettel und Wreßel wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

Eine Witwistin im Diebeshandwerk. Beim Diebstahl eines wertvollen Ringes in einem Freiburger Juweliergeschäft wurde kürzlich die 24-jährige Laborantin Frieda Möslein aus Würzburg abgeführt. Nachforschungen nach ihrer Vergangenheit und Gesandnisse der verhafteten Möslein ergaben, daß man es mit einer routinierten Ladendiebin zu tun hatte, welche seit längerer Zeit ausschließlich von Diebstählen lebte. Ihr Tätigkeitsfeld erstreckte sich bisher auf die Städte Mainz, Mannheim und Freiburg. Hochlegant gekleidet betrat sie die Geschäfte und ließ sich wertvollere Waren zur Auswahl vorlegen. Ohne daß die Verkäufer es merkten, stahl sie Handtaschen, Ringe, Brillen, Regenmäntel oder was ihr sonst des Mitnehmens wert schien. Am nähesten räumt sie 14 Diebstähle ein. Das Schöffengericht verhängte über die bisher nicht verurteilte Angeklagte sieben Monate Gefängnis.

Kleine Nachrichten

Stuttgart. In der vordringenden Nacht wurde aus der staatlichen Gemäldegalerie Rembrandts berühmtes Gemälde „Paulus im Gefängnis“ gestohlen. Der Wert des Bildes wird auf 5 Millionen Mark beziffert. Für die Ermittlung der Täter und die Verhaftung des Bildes sind 30.000 M Belohnung ausgesetzt.

Ravensburg. Nach einem hier eingegangenen Telegramm wurde Fabrikant Adolf Sommer, der im Januar in der Betgen Boxalbergs am Radloch von einer niedergegangenen Lawine verschüttet wurde, aufgefunden. Sommer wird auf dem Friedhof in Lech, wo ebenfalls seine mit ihm verunglückten Freunde Hülle und Vogel liegen, begraben. Die noch dort verschütteten beiden Studenten Rudolf und Hermann Hülle konnten noch nicht geborgen werden, weil sie amähernd unter 10 Meter Schnee liegen.

Essen. Von den bei der Explosion auf der Amalingschne verunglückten 5 Bergleuten sind 4 als Leichen gefunden worden. Die Gesamtzahl der Getöteten beläuft sich nunmehr einschließlich 1 Vermissten auf 23.

Moskau. Das Zentral-Exekutiv-Komitee hat die Begräbnisgesuche für 5 zum Tode verurteilte Kopen abgewiesen. Bei den übrigen 6 Kopen wurde die Todesstrafe in 5 Jahren Gefängnis umgewandelt.

Rechte Nachrichten

Die deutsche Antwort auf die Note wegen der geforderten Verstärkung der Bahnanlagen

Die mehrere Blätter hören, wird die deutsche Regierung auf die Entente note von der Verstärkung bzw. Veränderung von Eisenbahnanlagen im besetzten Gebiet eine Mitteilung an die Bolschewikerkonferenz schicken, in der voraussichtlich der Standpunkt vertreten wird, daß die Alliierten an ihrer Note die seit Kriegsende veränderten Grenz- und Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland und des besetzten Gebietes nicht berücksichtigt haben. Die deutsche Regierung wird weiterhin den Nachweis führen, daß die beantragten Eisenbahnanlagen nicht ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken dienen und auch auf die Willkürmaßnahmen aufmerksam machen, die eine Verstärkung des Eisenbahnmateriale in dem verlangten Maße beantragen werde.

Das polnische Banditenwesen in Oberschlesien

WZ. Bentzen, 6. Juni. In der Nacht zum Sonntag versuchten die Gendarmen, Handgranaten und Revolvern bewaffnete Insurgenten in die Stadt einzubringen. Der Versuch wurde vereitelt. Das am 1. Pfingstfesttag von polnischen Soldaten entfernte Schießpulver wurde am Abendmahl auf dem Ring aufgefunden und dem polnischen Konsul unverzüglich mit dem Ausdruck des größten Bedauerns wieder übergeben.

Der Wojwodarat für Oberschlesien

Für den belausch werden den Teil Oberschlesiens ist ein Wojwodarat ernannt worden. Von den 19 Erwählten sind 15 Polen. Die Deutschen sind politisch unbelastete Männer. Die Ernennung erfolgte ohne Rücksicht auf die Deutschen. — Etwa 10.000 deutsche Arbeiter haben das polnisch-berühmte Oberschlesien verlassen müssen.

Vom Völkerbund

WZ. Genf, 6. Juni. Das Finanzkomitee des Völkerbundes trat heute unter dem Vorsitz des schweizerischen Vertreters Wallenberg zusammen, um u. a. die von der Konferenz von Genava dem Völkerbund übergebenen Fragen zu prüfen, darunter die Frage der Kapitalflucht. Auf Anfrage des Völkerbundes befragte sich das Komitee mit der Annahme der Schiedsrichterrolle, die dem Rat in einem Anleihevertrag der Tschechoslowakei mit einer englischen Bank übertragen worden war. Entsch wurde die Veröffentlichung der Berichte verschiedener Staaten über die Durchführung der Beschlüsse der Weisfelder Konferenz beschlossen wie auch die Veröffentlichung einer Broschüre des Finanzkomitees über die Zentralbanken der verschiedenen Länder.

Sprengung eines bolschewistischen Munitionslagers

Wiener Blätter melden aus Warschau, daß eine Abteilung ukrainischer Aufständischer in Lipowce das größte Munitionslager der Ukraine in die Luft gesprengt hat. 37 bolschewistische Soldaten und 9 Kommissare wurden bei der Explosion getötet. In den Munitionsmagazinen befanden sich 8 Millionen Gewehrpatronen, 22.000 Artilleriegeschosse und viele hundert Handgranaten. Drei Töter wurden festgenommen und sofort erschossen.

Bereinsanzeiger

Bis zu 4 Stellen. Die Zeile Bereinsanzeiger. Bei 5 und mehr Stellen 11.50 die Zeile. Die Zeile Bereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. Karlsruhe-Ninthem. (Soj. dem. Partei.) Donnerstag, 8. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Sämannen“ Parteiverammlung. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht. 3998

Briefkasten der Redaktion

G. L. Lieboldheim. Bericht vom Fußballspiel wurde zu spät abgeleitet. Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, politische Überlieferung und Rechte Nachrichten Hermann Adel; für badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Parteiverammlung, In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht. 3998

Pfannkuch & Co.
Spezialhaus für Lebensmittel
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
Karlsruhe-Pforzheim u. Um-
gebung
Beachten Sie unsere Tagesinserate!

Süddeutsche Disconto-
gesellschaft A. G.
Filiale Karlsruhe
Kaiserstrasse 146 gegenüber der Hauptpost.

Bankhaus Veit L. Homburger
Karlstraße 11
Telephon 35, 36, 208, 4835, 4836.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle f. Mündelvermögen.

Stark- und Hauswäsche jeder Art
Wäscherei Bardusch
Filiale Karlsruhe Kreuzstr. 7, Teleph. 2101
Burlach, Schloßstr. 3, Eßlingen, Teleph. 61

Beste Bezugsquelle für Zuckerwaren
Verkauf nur an Wiederverkäufer
Spezialität: „Aeska-Karamellen“
Adolf Speck, Zuckerwarenfabrik
Karlsruhe i. B.

Die Fabrik Els.-Bad. Konserven
Flach & Co., m. b. H.
KARLSRUHE
stellt her:
Obstkonserven, Marmeladen, Frucht-
säfte in guter Qualität.

Gefchäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan A.
Musterschutz

Christ. Oertel Kaiserstrasse 101-3
Ornstein & Schwarz Kaiser- u. Kreuzstr. Ecke
Billigste Bezugsquelle für
Wäsche- und Betten-Ausstattungen Herren- und Knabenbekleidung.

LAUTERBERG CIGARETTEN
DIE MARKE FÜR KENNER

Abfahrt in Richtung:

Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort
Pforzheim	Bruchsal	Mannheim	Eßlingen	Darmstadt	Maxau	Eppingen	Karlsruhe-Albshaus
Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.
W 4:55	4:55	4:55	4:55	4:55	4:55	4:55	4:55
D 9:30	9:30	9:30	9:30	9:30	9:30	9:30	9:30
D 10:15	10:15	10:15	10:15	10:15	10:15	10:15	10:15
L 11:00	11:00	11:00	11:00	11:00	11:00	11:00	11:00

Ankunft in Richtung:

Anfahrtsort	Anfahrtsort	Anfahrtsort	Anfahrtsort	Anfahrtsort	Anfahrtsort	Anfahrtsort	Anfahrtsort
Pforzheim	Bruchsal	Mannheim	Eßlingen	Darmstadt	Maxau	Eppingen	Karlsruhe-Albshaus
Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.
W 4:55	4:55	4:55	4:55	4:55	4:55	4:55	4:55
D 9:30	9:30	9:30	9:30	9:30	9:30	9:30	9:30
D 10:15	10:15	10:15	10:15	10:15	10:15	10:15	10:15
L 11:00	11:00	11:00	11:00	11:00	11:00	11:00	11:00

Möbelkaufhaus Gust. Friedrichs
Markgrafenstr. 24 und Kronenstr. 40 (ehem. Hotel Geist).

Karlsruhe
Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit.
Versicherungsbestand: 1 Milliarde 200 Millionen Mark
Neue Tarife mit niedrig. Prämien.
Versicherung ohne Untersuchung

„Karl Dietsche“
Butter und Käse — en gros — en detail
Amalienstr. 29 Telefon 120.

Konditorei und Café Karl Kaiser
Kaiserstr., Ecke Douglasstr. v. m. Albert Neu
Tel. 1288.

Konditorei und Café Karl Ringwald
Karlsruhe, Wilhelmstrasse 19 — Tel. 4240.

Geschwister Allmendinger
Schokoladen — Conditoren
Kaiserstr. 140 — Waldstr. 38 — Tel. 3573.

F. Bausback, Weingroßhandlg.
Telefon 1468.

B. Odenheimer Kirschwasser
Liköre — Obstbrennerei — Karlsruhe i. B.

Alb. Brogli & Co., Lebensmittel
Büro: Viktorstr. 18. Filialen: Am Mühl-
burger Tor, Mathystr. 83, Adlerstr. 14.

Jos. Schneider, Wurst- und Fleischwaren
Erbprinzenstr. 28. — Telefon 870.

Süddeutsches Zigarren-Haus Kaiserstrasse
Kolosseum-Vorverkauf. — Telefon 3871.

Zigarrenhaus Pat. Best, Spezialhaus feiner deutscher
Fabrikate, Kaiserstrasse 113, Ecke Adlerstr.

H. Brodführer, Kaiserstrasse 5
Fahrräder — Nähmaschinen — Zubehör — Reparaturen.

Geschw. KNOPF KARLSRUHE
Badens größtes Kaufhaus für alle Artikel
des täglichen Bedarfs

Bankhaus Straus & Co.
Friedrichsplatz 1.
Schröder & Fränkel
feine Mass-Schneiderei.

V. Heupel
Schirmfabrik G. m. b. H.
Regen- und Sonnen-Schirme, Spazier-Stöcke
Kaiserstrasse 201 — Telephon 3865 — Fabrik: Herrenstrasse 46.

Christian Kiefer
Kohlen - Koks - Briquets - Holzkohlen
Karlsruhe i. B.

Hotels, Cafés, Veranfragen
Gasth. z. Gold. Hirsch, Kaiserstr. 129. Altbek. gut
restaurant, reichh. Mittags- u. Abendtisch, eig.
Schlichterei, tägl. alle Sort. hausz. Wurstwaren

CAFÉ BAUER
Täglich Künstler-Konzert
Violin-Virtuose Doletz

Bekleidung, Schuhe, Putz
Adolf Stein Nachf.
Inh.: J. Weiss

Spezialhaus für Herren- u. Jünglingsbekleidung
fertig und nach Mass
Kaiserstrasse 233, Ecke Hirschstrasse
1. Etage — Telephon 1860.

Leonhard Gretz, Schneider-
Karlsruhe, Marienstr. 27
Großes Lager fertiger Herren- u. Knabenkleider
sowie neuester Stoffe zur Massanfertigung.

Karl Fuchs, Kaiserstr. 205 1.
2750 Teleph. 2750
Feine Herrenschneiderei
Sportbekleidung und Livreen
Reichhaltiges Lager in- und Auslandstoffe.

W. Boländer
Spezialhaus für
Bekleidung u. Ausstattung

Eugen Löw-Hölzle
Kaiserstrasse 187
Schuhwaren.

Carl Frey Nachf. Inhaber:
Kaiserstr. 90 Herrenartikel Teleph. 3228
W. Friedlich

Geb. Schmitt, Mineralwasserfabrik
Kulmbacher Bier — Bernhardtstr. 7, Teleph. 3050.

UHREN, GOLDWAREN und TRAUINGE
J. HILLER, WALDSTR. 24
Bürsten, Scheuertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer

Spiegel & Wels Nachf.,
Telephon 1052 KAISERSTRASSE 166 bei der Hauptpost
Grosses Spezial-Geschäft für beste
Herren- und Knaben-Kleidung
fertig und nach Mass.

Karlsruhe **SPORT KARLSRUHE BEIER** **Fil. Durlach**
Kaiserstr. 174 Hauptstr. 30
Fernspr. 5218 Fernspr. 20

L. Weingand, Putz- und Modewaren
Philippstr. 1, gegenüber der Kath. Kirche.

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137
Spezialhaus für Damen- u. Kinderhüte

Geschw. Gutmann, Kaiserstr. 122
Damenhüte — Modewaren.

Gebr. Ettliger
Spezialhaus für Besätze und Spitzen
und sämtliche Zutaten für die Damen-
schneiderei. Handschuhe, Strümpfe,
Wollwaren, Kinder-Ausstattung. :-:

Leipheimer & Mende
Spezialgeschäft für
Manufakturwaren

STRUMPF-HAUS
Rudolf Wieser
Kaiserstr. 153 Telefon 740

A. Iwanier, Kriegsstrasse 68, II. Stock
Manufakturwaren und Aus-
stattungsartikel zu enorm billigen Preisen

A. Wolf, Kaiserstr. 49, Tel. 384
Manufakturwaren Damenkonfektion
Anfertigung von Betten.

August Erb, Kaiserstr. 115, Tel. 2658
Kurz-, Weiss-, Woll- und Mode-Waren

Adolf Kahn, Rheinstraße 16
Manufaktur und Weisswaren

An- und Verkauf Levy
Markgrafenstr. 22 Telephon Nr. 2013
Kleid- u. Stoffel, Möbel, Antiquitäten, Schmuckwaren etc.

August Mayer, Karl-Friedrichstraße 6
Weisswaren — Gross- und Klein-Verkauf

C. Frohmüller, Karlsruhe i. B., Samen-
Inh.: Camill Hans Klasterer
Am Ludwigsplatz Telephon 5485.

Lebens- u. Genußmittel, Zigarren

Gebr. Hensel
Grossschlachtereifabrik
Telephon 71 und 571

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe i. G. m. b. H.
33 Verkauf-Stellen für Kolonial-Waren in
Karlsruhe und Eßlingen. — 1 Verkaufsstelle
für Schuhwaren. — Eigene Bäckerei, Weine,
Biere, Holz und Kohlen.

Adolf Steiner
Wein-Grosshandlung
Brantweinbrennerei
Karlstrasse 23 Telephon 1360

„Marellis“ das Merkwort
für hochwertige Qualitäts-Zigaretten!

Otto Mayer Paul Hügel, Seidstr.
Drögrie, Wilhelm- str. 20, Ecke Seidstr.
jeder Art, Manufakturwaren,
Kurz-, Weiss- und Wollwaren.

Algemeines
Arzt & Co., Gummiwarenhaus
Krankenpflege-Artikel — Linoleum
Wachstuche
Kaiserstrasse 215 Telefon 219

Spezial-Kofferhaus
Geschw. Sämmler
Kronenstrasse 51
Reisekoffer, Lederwaren, Damentaschen u.s.w.

Reserviert für
L. Mayer, Baden-Baden.

Friedr. Blos, Praktische Geschenkartikel,
Leder- und Parfümerien, Kaiserstrasse 104.

Kappes & Kluge, Kaiserstrasse 66.
Sämtliche Toilettenartikel, Puppenkl. n.

Haid **NEU**
Kartende in Baden.

Nähmaschinen in höchster Vollendung
und Leistungsfähigkeit
Nähmaschinenhaus Exzellenz G. m. b. H.
Ecke Mühlburger Tor/Waldenstrasse.

Franz Mappes, Nähmaschinen, Fahrräder-
Reparaturwerkstätte, Kaiserstrasse 172.

Carl Strfeld, Nähmaschinen, Fahrräder.
Erbprinzenstr. 1 (Rondellplatz), Telephon 102.

J. Ettliger & Wormser, Karlsruhe / Baden
Telephon 5, 15, 235, 816. :-: Eisen, Eisenwaren und Metalle.

Rosentfeld & Co. Neureute-
strasse 6
Eisen — Metall — Grosshandlung.

J. C. Mosetter Nachfolg., Kaiserstr. 207.
Spezialgeschäft für Büroorganisation u. Bürobedarf. Fern-
spr. 2172. Verkaufsstellen: Kohlstr. 10, Ludwigsplatz 10.

S. Krämer, Möbel- und Bettenhaus
Kaiserstr. 30, Telephon 4263.
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Diwan und alle
Sorten einzelne Möbel. Billigste Preise.
:-: Culante reelle Bedienung. :-:

Holz-Gutmann, Kaiserstr. 109
Übernahme kompl. Wohnungs-Einrichtungen
Möbel, ganze Einrichtungen, Einzelmöbel, Betten
Billigste Preise! EPPLE, Steinstrasse 6.

Gebr. Kaufmann, Farniergrosshandlung
Goitesauerstrasse 30. Telephon 5429

Friz Müller Musikalien - Handlung
Instrumente
Kaiserstr., Ecke Waldstr.

